

28.11.2023

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu dem „**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/6804

2. Lesung

hier:

Kapitel 04 220

Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel 422 01

Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter

HH 2024

von 46.884.400 Euro
um 0 Euro
auf 46.884.400 Euro

Streichung der 93 kw-Vermerke (1 R3 Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht zum 31.12.2025, 4 R2 Richter am Oberverwaltungsgericht zum 31.12.2025, 6 R2 Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht zum 31.12.2025, 55 R1 Richter am Verwaltungsgericht (3 zum 31.12.2024, 13 zum 31.12.2026, 39 zum 31.12.2025), 1 A11 Regierungsamtsmann, sobald die Kostenerstattung durch Bund und Länder entfällt, 10 A9 Regierungsinspektor (2 zum 31.12.2024, 4 zum 31.12.2025, 4 zum 31.12.2025), 16 A5 Justizoberwachmeister zum 31.12.2025

Begründung:

Die andauernde Migrationskrise verlangt nach stabilen Strukturen, um die Rechtsstreitigkeiten im Bereich der Migration zügig bearbeiten. Die sich andeutenden Gesetzesverschärfungen, wenngleich diese auch aktuell noch sehr zaghaft wirken, werden zu einer weiteren Belastung der Verwaltungsgerichte führen.

Eine entsprechende personelle Ausstattung führt damit auch zu schnelleren Abschiebungen. Darüber hinaus wird auf diese Weise sichergestellt, dass die anderen Tätigkeitsbereiche der Verwaltungsgerichte weiterhin ordentlich bearbeitet werden können.

Dr. Martin Vincentz
Andreas Keith
Dr. Hartmut Beucker
Christian Loose

und Fraktion